



► an den Grossen Rat

WSD/P027142
Basel, 25. Mai 2004

Regierungsratsbeschluss
vom 11. Mai 2004

Anzug Dr. Luc Saner und Konsorten betreffend Studie zur Bevölkerungsstruktur

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt hat in seiner Sitzung vom 10. 4. 2002 den nachstehenden Anzug dem Regierungsrat überwiesen:

„Im Politikplan 2002-2005 nimmt der Regierungsrat zur "Bevölkerung" unter den Rahmenbedingungen Stellung. Damit entsteht der Eindruck, als sei die Bevölkerungsstruktur unseres Kantons durch die Politik letztlich wenig beeinflussbar. Auf der anderen Seite ist die Bevölkerungsstruktur für unseren Kanton von zentraler Bedeutung, sei dies für unsere Finanz-, Wirtschafts-, Bildungs-, Gesundheits-, Sozial-, Umwelt-, Verkehrs-, Sicherheits- sowie Bau- und Raumplanungspolitik. Umgekehrt beeinflussen die genannten Politikbereiche wiederum die Bevölkerungsstruktur. So ist es möglich, zum Beispiel mittels der Zonenplanung nachhaltig Einfluss auf die Bevölkerungsstruktur zu nehmen.

Angesichts der grundlegenden Bedeutung der Bevölkerungsstruktur ist es für eine langfristig erfolgreiche Politik unabdingbar, klare Vorstellungen darüber zu haben, welche Bevölkerungsstruktur für unseren Kanton optimal ist. In diesem Zusammenhang ist die Bevölkerungszahl von grundlegender Bedeutung. Zu diesem Zweck hat der Anzugsteller eine Vorstudie erstellt, die davon ausgeht, dass die optimale Bevölkerungszahl für die Stadt Basel bei rund 100'000 Einwohnern liegt, also deutlich unter der heute vorhandenen Zahl von rund 166'000 Einwohnern (Stand: November 2001). Angesichts der Komplexität der sich stellenden Fragen sind jedoch vertiefte Abklärungen nötig. Auch unsere Bau- und Raumplanungskommission führt in ihrem Bericht Nr. 9139 vom 23. Januar 2002 zum Politikplan 2002-2005 aus: "Die Bau- und Raumplanungskommission hofft, dass sich ermitteln lässt, ob hinter den allgemein gehaltenen Aussagen zur Stadtentwicklung, die sich weitgehend auf Systemaussagen beschränken, ein strategischer Inhalt mit materiellen Zielen steckt."

Die Unterzeichnenden bitten deshalb den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob er eine Studie zur optimalen Bevölkerungsstruktur, insbesondere zur optimalen Bevölkerungszahl für unseren Kanton in Auftrag geben will.

Wir gestatten uns, diesen Anzug wie folgt zu beantworten:

1. Einleitung

Der Anzug Dr. Luc Saner und Konsorten betreffend Studie zur Bevölkerungsstruktur bringt in knapper Form ein Anliegen vor, welches inhaltlich komplex ist. Der Anzugsbeantwortung des Regierungsrates liegt darum eine Analyse des Anzugstextes unter Einbezug der darin erwähnten Vorstudie des Anzugstellers Dr. Luc Saner zugrunde. In der Analyse werden die darin enthaltenen Argumentationsstränge durchleuchtet und als Basis genommen für die nachfolgende Diskussion.

2. Anliegen des Anzugs

Mit dem Anzug wird angeregt, untersuchen zu lassen, mit welchen Mitteln die Bevölkerungsstruktur und die Einwohnerzahl von Basel beeinflusst werden kann. Als anstrebendes politisches Ziel postuliert der Anzugsteller ein qualitatives Wachstum. Gemäss seinen Überlegungen würde die damit einhergehende Bevölkerungsabnahme und –strukturveränderung zu einer Entlastung in vielen staatlichen Aufgabenbereichen (z.B. Bildung, Gesundheitswesen, Soziales) und damit zu einer Verbesserung öffentlichen Finanzen des Kantons führen. Anders ausgedrückt, möchte der Antragsteller eine gesteuerte Veränderung hin in Richtung einer Stadt ohne Anteile der sogenannten A-Bevölkerung (Alleinerziehende, Auszubildende, Alte, Ausländer, Arme, etc). Aufgrund diverser Argumente kommt er zum Schluss, dass dafür das Bevölkerungsoptimum von Basel bei 100 000 Einwohnern liegt.

In der Vorstudie, welche dem Anzug zugrunde liegt, wird die Notwendigkeit einer Reduktion der Einwohnerzahl bei gleichzeitiger Veränderung der Struktur über zwei Argumentationsstränge begründet.

2.1. Ökologische Nachhaltigkeit

Die Argumentation orientiert sich an Meadows "Grenzen des Wachstums" und stützt sich zuerst auf eine globale Sicht. Die Welt sei generell überbevölkert und dadurch der Ressourcenverbrauch für die Versorgung der Bevölkerung nicht mehr nachhaltig, was die Gefahr eines unfreiwilligen Bevölkerungsrückgangs durch Katastrophen berge. Die Überlegungen in der Vorstudie gehen dabei hinsichtlich des Ressourcenverbrauchs von einer völlig autarken Versorgung innerhalb der nationalen Grenzen aus.

Direkt abgeleitet von der globalen Perspektive beziehen sich die weiteren Überlegungen dann explizit auf die lokalen Verhältnisse, konkret die Stadt Basel. Um hier ein System zu erhalten, das in einem nachhaltigen Gleichgewicht steht, sei über Anreizsysteme und Überzeugungsarbeit eine freiwillige Bevölkerungsreduktion anzustreben. Als Begleiterscheinung könnte gemäss der Vorstudie gleichzeitig die Ausländer- und Arbeitsmarktpolitik entschärft werden, da die Ausländerinnen und Ausländer – wieder unter einer globalen Perspektive betrachtet – in ihren Heimatländern genug Platz und Auskommen hätten. Denn bei der dann zumal – dank weltweit analog der Stadt Basel verlaufender Entwicklung – nur noch gut eine halbe Milliarde umfassenden Weltbevölkerung wären laut der Vorstudie weniger Wanderungsbewegungen zu erwarten und die Arbeitslosigkeit würde zurückgehen, weil die vorhandene Arbeit auf weniger Leute verteilt werden müsste.

2.2 Wohnqualität

Aufgrund der Überlegungen zur Nachhaltigkeit kommt der Anzugsteller zum Schluss, dass die optimale Bevölkerungszahl bei 100 000 Einwohner/-innen liegt. Als zentrales Instrument neben dem Anreizsystem zur freiwilligen Bevölkerungsreduktion sieht er die Zonen- und Bauordnung, über deren Anpassung – nämlich das Zurückfahren überall auf die Zonen 2 und 3 – die Bevölkerungsdichte in allen Quartieren auf etwa 42 Einwohner pro Hektar gesenkt werden sollte.

Mit der Änderung des Zonenplans hofft der Anzugsteller, vermehrt Familien mit einem Einkommen über 80 000 Franken anzuziehen. Bei der ausländischen Wohnbevölkerung verspricht er sich eine Substitution, indem weniger einkommensstarke ausländische Einwohner/-innen Basel verlassen und solche mit hohen Ansprüchen und entsprechendem Einkommen zuziehen würden. Die dergestalt veränderte Bevölkerungsstruktur würde sich dahingehend auswirken, dass die Steuerbelastung sinken, das Schulsystem entlastet, die zentralörtlichen Leistungen besser finanziert und insgesamt die Lebensqualität in Basel durch mehr Ruhe und mehr Platz verbessert würden.

3. Diskussion des Anliegens der Förderung eines qualitativen Wachstums

3.1 Im dargelegten Anliegen enthaltene kritische Aspekte

Eine aktive Politik zur Förderung eines qualitativen Wachstums durch Reduktion der Bevölkerung auf 100'000 und eine gleichzeitige Strukturveränderung durch "Verdrängung" von Schwachen, wie sie den Überlegungen des Anzugsstellers zu entnehmen ist, ist aus folgenden Gründen nicht zu verantworten:

Bauliche Struktur: Die Bevölkerungsreduktion und –strukturveränderung soll durch eine Anpassung des Zonenplans unterstützt werden. Dabei ist zu bedenken, dass eine Stadtstruktur nicht so einfach völlig neu gestaltet werden kann. Baukörper und Infrastruktureinrichtungen verhalten sich generell sehr träge und verändern sich darum nur langsam. Die vorgeschlagene Zonenplanänderung mit einer Begrenzung der Bauhöhe auf max. Zone 3 würde ausgesprochen langsam wirksam werden, da sie nur Neubauten betreffen würde. Eine schneller wirksame Entwicklung wäre nur über eine Totalerneuerung der Stadt mittels ausgedehnten Flächensanierungen zu erreichen, was grosse materielle und immaterielle Verluste verursachen würde und zudem in unserem demokratischen System kaum durchsetzbar wäre.

Ökologische Nachhaltigkeit: Die ökologische Nachhaltigkeit hängt nicht von der absoluten Einwohnerzahl ab, sondern vom Ressourcenverbrauch pro Kopf. Mit der ökologischen Steuerreform und dem Einsatz neuer Technologien existieren zielgenaue und bewährte Instrumente. Ökologisch am sinnvollsten wäre das Gegenteil des in der Vorstudie gemachten Vorschlages. Mit einer dichten Bauweise können die Zersiedelung, unnötiger Verkehr und Bodenverbrauch verhindert und ökologische Ausgleichflächen geschaffen werden.

Soziale Nachhaltigkeit: Die mit der vorgeschlagenen Politik verbundenen Verdrängung grosser Bevölkerungsanteile wäre mit anderen Problemen verbunden. Aus-

grenzung verschiebt das Problem der sozial Schwächeren zudem nur in die Agglomeration, welche zwar zum grössten Teil zu einem anderen Kanton, aber insgesamt doch zum gleichen Wirtschaftsraum gehört. Das Potential dieser Leute würde negiert und nicht gefördert, was negative Auswirkungen auf die ganze regionale Wirtschaft hätte. Hingegen ist es berechtigt und sogar angezeigt, das Angebot im Stadtkanton so zu verändern, dass es vermehrt Zuziehende anspricht, die zu einer ausgewogeneren Bevölkerungsstruktur beitragen.

Wirtschaftliche Nachhaltigkeit: Generell wäre ein Staatseingriff in der vorgeschlagenen Form ökonomisch sehr risikoreich. Die positiven Szenarien, die in der Vorstudie beschrieben sind, würden mit grösster Wahrscheinlichkeit nicht eintreffen. Im Gegenteil käme es bei den Immobilien durch materielle Enteignung zu einem massiven Wertverlust, da die Nachfrage einbrechen würde. Es ist ausserdem sehr fraglich, ob sich für alle – auch verkehrsbelastete – Lagen Investoren finden liessen. Selbst umgemodelt zur "Gartenstadt" könnte Basel für Leute, die weniger urbane Wohn- und Lebensqualität suchen, nicht dasselbe bieten wie die Agglomerations- und die ländlichen Gemeinden. Es wäre also sehr ungewiss, ob eine solche Stadt wirklich gut situierte Leute anziehen würde. Basel sollte sich darum vielmehr auf seine Stärke als urbanes Zentrum konzentrieren.

3.2 Optimale Bevölkerungszahl als falsche Fragestellung

Eine kurzfristige Beeinflussung der Bevölkerungsstruktur wie auch der Bevölkerungszahl ist weder praktisch noch politisch möglich. Einerseits ist die Demografie naturgemäß träge, andererseits ist die bauliche Struktur der Stadt weitgehend gegeben. Radikal interventionistische Methoden zur Beeinflussung der Bevölkerung sind zudem aus keiner Sicht (ökonomisch, ökologisch und sozial) empfehlenswert. Die Umwälzungen und notwendigen Anpassungen sind mit sehr hohen Kosten verbunden.

Dennoch stellt sich natürlich die Frage nach den mittel- und langfristigen Entwicklungsperspektiven von Basel-Stadt. Unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet, lässt sich verkürzt sagen, dass das theoretische Bevölkerungsoptimum eines urbanen Zentrums sich dort findet, wo die Vorteile die Nachteile aufwiegen. Dieser Schnittpunkt ist nicht fix, sondern hängt von zahlreichen, sich laufend verändernden Faktoren (demokratische Entscheide zu allen Lebensbereichen, technologische Fortschritte, usw.) ab. Beispielsweise hat das relativ grosse Angebot an Neuwohnungen im Umland den Wegzug in die Agglomeration attraktiver gemacht. Neue Kulturangebote, die bessere Infrastruktur oder die Reduktion der Emissionen durch saubere und leisere Autos favorisieren wiederum die Stadt gegenüber dem Land. Daraus lässt sich ableiten, dass eine Studie, die das Bevölkerungsoptimum ermitteln soll, nicht sinnvoll ist, da es das Optimum so nicht gibt. Was es hingegen braucht, ist eine ständige Reflexion über den Entwicklungsverlauf und die –ziele im Sinne einer rollenden strategischen Planung.

Dabei muss die Politik ein adäquates Programm entwickeln, welches die Potentiale aller Einwohner/-innen stärkt (Entrepreneurial City, vgl. OECD. 2001. Cities for Citizens, S. 62ff). Dazu braucht es u.a. gute staatliche Dienstleistungen, gesunde Fi-

nanzen, attraktive Steuern, die Förderung und Integration von Randgruppen, die Förderung des Kantons als ein attraktives Forschungs-, Dienstleistungs- und Kulturzentrum und einen Lastenausgleich mit der Region für Zentrumsleistungen. Basel muss darum seine relativen Wettbewerbsvorteile, die es als urbanes Zentrum hat, stärken. Dabei muss versucht werden, die externen Kosten (Lärm, Dreck, Kriminalität, Verkehr, Luftverschmutzung, hässliche Bauten usw.), die durch das nahe Zusammenleben entstehen, zu minimieren und gleichzeitig die externen Nutzen (Arbeitsmarkt, soziales Kapital, Kultur, Einkaufsmöglichkeiten, Dienstleistungen usw.) zu maximieren.

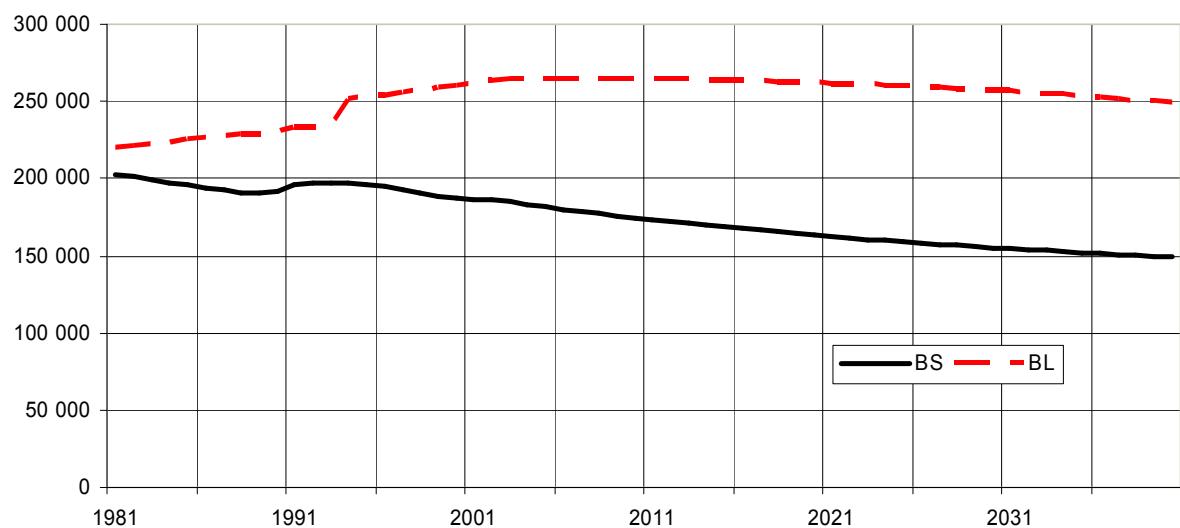
4. Strategische Planung des Regierungsrates

Der Regierungsrat erachtet die mittel- und längerfristige strategische Planung als eine sehr wichtige Aufgabe, die nicht durch Einzelstudien ersetzt werden kann! Er pflegt und verbessert darum ständig sein Instrumentarium und seine Gefässe, um die Aufgabe effizient wahrzunehmen und die notwendigen Massnahmen konsistent abzuleiten.

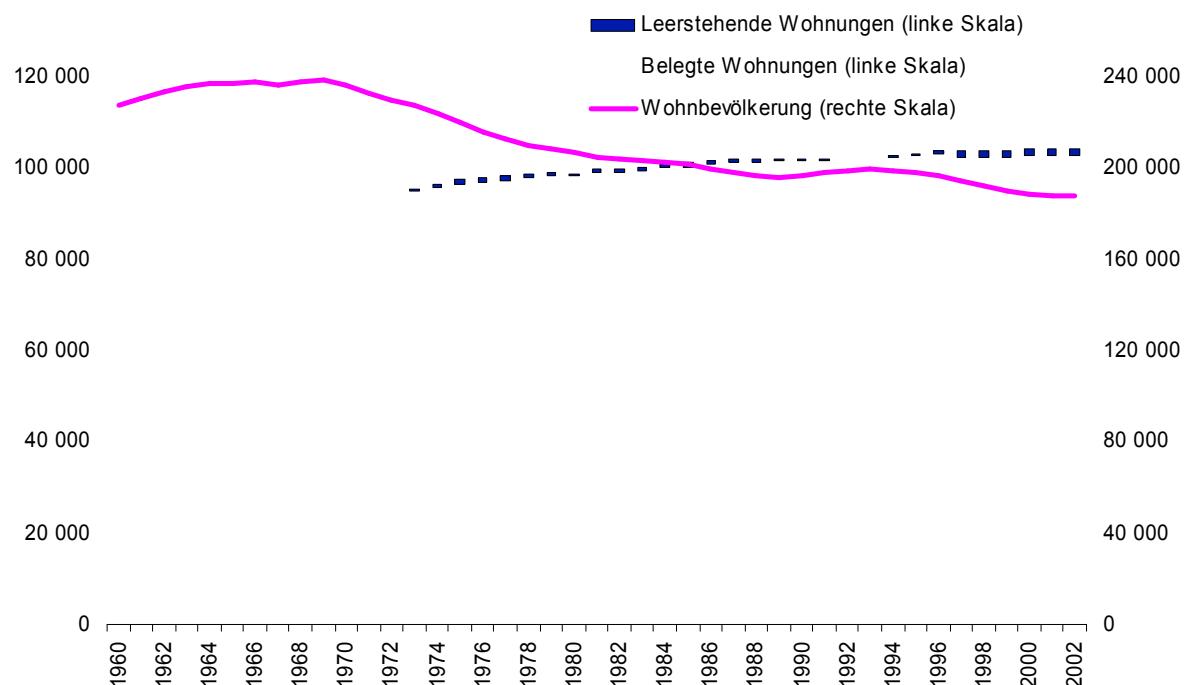
4.1 Analysen und Prognosen

Wie oben dargestellt, befindet sich Basel-Stadt in einem dynamischen Umfeld, welches Einfluss hat auf die allgemeine Entwicklung. Als Grundlage für die strategische Planung können die verschiedenen relevanten Aspekte hinsichtlich ihrer bisherigen Entwicklung rückblickend analysiert werden und prospektiv können auf der Basis der retrospektiven Daten und der beeinflussenden Parameter Prognosen erstellt werden. So zeigen zum Beispiel die aktuellen Analysen bezüglich der Bevölkerung, dass sich die Einwohner/-innen in Basel-Stadt im Durchschnitt immer mehr Wohnraum geleistet haben – notabene, sich diesen zusätzlichen Wohnraum leisten konnten. Damit einher ging in den letzten 10 Jahren bei konstant tiefer Leerstandsquote bei den Wohnungen ein Bevölkerungsrückgang von 5,7 % im Kanton bzw. 6,7 % in der Stadt Basel. Die Prognosen des Bundesamtes für Statistik (BFS) und des Statistischen Amtes des Kantons Basel-Stadt gehen davon aus, dass sich dieser Trend zu mehr Wohnraum fortsetzen wird. Bis ins Jahr 2020 geht das BFS von einem weiteren Rückgang der Bevölkerung von 15 % aus, die weniger pessimistische Annahme des kantonalen Amtes, die nicht zuletzt auf den Einbezug der Angaben zu den geplanten Wohnbauprojekten zurückzuführen ist, nimmt eine Abnahme im Rahmen von ca. 10 % an.

**Bevölkerungsprognose BFS für Basel-Stadt und Basel-Landschaft
Gesamtbevölkerung**



Wohnungen und Wohnbevölkerung im Kanton Basel-Stadt seit 1960



Bewohnerinnen und Bewohner pro Wohnung 1910 bis 2040**4.2 Instrumente und Gefässe für eine laufende strategische Planung**

Analysen und Prognosen wie die oben erwähnten fliessen in Zusammenhang mit der strategischen Diskussion in unterschiedliche Instrumente und Gefässe ein.

Auf der Ebene Regierungsrat – Grosser Rat existiert das Instrument des Politikplans. Im Jahre 1993 hatte der Regierungsrat erstmals in übersichtlicher Form Legislaturziele für die folgenden vier Jahre definiert und nach Ablauf dieser Perioden eine Bilanz über die Zielerreichung publiziert. 1997 erfolgte die zweite Auflage für die nächsten vier Jahre. Sie waren die Vorgänger des heutigen Politikplans, dem Planungs- und Steuerungsinstrument des Regierungsrates. Der Politikplan ist 2003 zum dritten Mal erschienen und wurde gegenüber den Ausgaben von 2001 und 2002 erweitert. Der aktuelle Bericht enthält eine Bilanzierung hinsichtlich der angestrebten Ziele mit deutlich mehr Kennzahlen sowie Resultaten der Bevölkerungsbefragung. Zudem wurden die Kapitel zu den Rahmenbedingungen inhaltlich ausführlicher gestaltet.

In regelmässigen Abständen führt der Regierungsrat zudem Klausursitzungen zur strategischen Planung durch. Vermehrt nutzt er dazu als Input speziell durch die Verwaltung aufbereitete Prognosen und Entwicklungsszenarien für die wichtigsten Bereiche wie Bevölkerung, Wirtschaft, Soziales, Finanzen.

Etwas stärker operativ ausgerichtet sind Controlling- und Monitoringsysteme. In drei für die Entwicklung des Kantons bzw. der Stadt Basel wichtigen Bereichen sind solche mit einem Aufwand aufgebaut worden. Sie werden künftig verlässlich Auskunft

über die Entwicklung und Zielerreichung geben. Bei den drei Bereichen handelt es sich um Nachhaltigkeit, Integration und Stadtteilentwicklung (Kleinbasel).

Für die mittel- und langfristige strategische Planung wird der Regierungsrat die bestehenden Instrumente und Prozesse in geeigneter Form weiterentwickeln. Aufbauend auf den Szenarien für die demografischen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen setzt sich der Regierungsrat aktiv mit der Zukunft von Basel-Stadt auseinander. Insbesondere gehört es auch zu seinen Aufgaben, aufzuzeigen, wie diese Rahmenbedingungen langfristig beeinflusst werden können, nicht zuletzt mit dem Ziel einer ausgewogeneren Bevölkerungsstruktur. Entwicklungsstrategien für die grossen Aufgabenbereiche bilden dabei die Grundlage für die Schwerpunktbildung im Politikplan und daraus abgeleitete konkrete Massnahmen und Projekte.

5 Strategische Ziele und ihre Umsetzung

5.1 Attraktiver Wohn- und Wirtschaftsstandort Basel-Stadt

Um sich im Wettbewerb der Städte behaupten zu können, muss Basel-Stadt Qualität als Wohn- und Wirtschaftsstandort vorweisen können, wobei diese beiden Faktoren direkt von einander abhängig sind. Es ist ein erklärtes Ziel des Regierungsrates, diese Qualität zu erhalten oder wo notwendig zu verbessern. Die vom Staat zu erbringenden Leistungen zur Förderung und Erhaltung der Qualität des Wohn- und Wirtschaftsstandortes wiederum bedingen entsprechende fiskalische Mittel, welche durch Steuereinnahmen gedeckt werden müssen. Es besteht darum eine Notwendigkeit, die Rahmenbedingungen so zu definieren, dass der Kanton langfristig seinen Handlungsspielraum erhalten und ausschöpfen kann.

Die Diskussion der letzten Jahre um die zukünftige Entwicklung von Basel-Stadt im Allgemeinen und der Stadt Basel im Besonderen hat in den letzten Jahren zur Lancierung einiger grösserer Projekte geführt. Sie alle haben das Ziel, Basel-Stadt zu einem noch attraktiveren Wohn- und Wirtschaftsstandort zu machen. Dies soll geschehen, indem u.a. die Wohn- und Lebensqualität als zentraler Standortfaktor gefördert werden soll, ganz im Sinne einer Maximierung der externen Nutzen und der Minimierung der externen Kosten (vgl. Ausführungen oben).

5.2 Konkrete Massnahmen und Projekte

Von entscheidender Bedeutung für Basel-Stadt ist die Qualität und Struktur des Wohnungsangebotes. Die seit längerer Zeit feststellbare Zurückhaltung bei Investitionen im Bau- und Renovationsbereich hat dazu geführt, dass das baselstädtische Wohnungsangebot mit seinem Überhang an kleinen und in allen Grössenkategorien teilweise komfortmässig unterdurchschnittlichen Wohnungen für breite Kreise nicht mehr attraktiv ist. Eine weitere Vergrösserung der Diskrepanz zwischen vorhandenem Angebot und nachgefragter Wohnqualität hätte eine negative Wirkung auf die Bevölkerungsstruktur, welche mehr und mehr aus dem Gleichgewicht kommen und damit den Handlungsspielraum des Kantons zunehmend limitieren würde. Bis jetzt verfügt der Regierungsrat nur über ein eingeschränktes wohnungspolitisches Instrumentarium, das ihm nicht erlaubt, Massnahmen forciert durchzusetzen und dadurch z.B. die Erneuerungs- und Bautätigkeit deutlich zu erhöhen. Mit dem Projekt Logis

Bâle – 5000 Wohnungen für Basel – wurde jedoch – ausgehend von der Werkstadt Basel – ein Projekt lanciert, das über einen Zeitraum von zehn Jahren durch Wohnungsbau und Wohnungserneuerungen dazu beitragen soll, dass der baselstädtische Wohnungsmix den aktuellen Wohnbedürfnissen angepasst wird. Das Programm soll auch Signalwirkung auf Investoren und private Liegenschaftsbetreiber haben. Hinter dem Projekt steht die Absicht, in Basel-Stadt wieder für alle Bevölkerungsschichten ein Wohnungsangebot zu haben und dadurch eine ausgewogene Bevölkerungsstruktur zu erreichen. Es ist aber keine Zielsetzung des Projektes, damit die Bevölkerungszahl im Sinne einer Zunahme zu beeinflussen. Da generell der Wohnflächenverbrauch pro Kopf stetig steigt und gleichzeitig die mit dem Projekt anvisierte Zielgruppe eher überdurchschnittliche Wohnraumbedürfnisse hat, wird der Trend zur Bevölkerungsabnahme weiter bestehen bleiben.

Die Qualität des Wohnstandortes definiert sich sehr stark auch durch das Wohnumfeld. In diesem Bereich wird mit dem Projekt Wohnumfeldaufwertung gezielt auf Verbesserungen hingearbeitet. Im Weiteren ist die Integrale Aufwertung Kleinbasel zu nennen, bei der mit einem gesamtheitlichen Ansatz Entwicklungsimpulse, die auf den (bisher zu wenig wahrgenommenen) Stärken des Stadtteils aufbauen, vermittelt werden. Im gesellschaftlichen Bereich sind mit dem Integrationsleitbild die Weichen so gestellt, dass die Ausgrenzung von Bevölkerungsgruppen möglichst vermieden und damit Folgekosten eingedämmt werden und gleichzeitig das Potenzial der Leute genutzt wird.

Der Regierungsrat ist sich bewusst, dass Wohnstrukturverbesserungen und Aufwertungsmassnahmen auch Verdrängungseffekte mit sich bringen. Diese Verdrängungseffekte sind als Begleiterscheinung zu betrachten und nicht die beabsichtigte Wirkung. Im Gegenteil versucht der Regierungsrat durch einen integralen Ansatz bei den Projekten rechtzeitig solche Entwicklungen zu erkennen und flankierende Massnahmen einzuleiten.

6. Fazit und Antrag

Der Regierungsrat ist der Auffassung, dass eine Studie zur Feststellung der *optimalen* Bevölkerungszahl und –struktur keinen Sinn macht; es ist eine grundsätzlich falsche Fragestellung. Der Regierungsrat setzt vielmehr auf eine laufende strategische Planung mit ihren bewährten Instrumenten, welche er zum Wohle des Kantons konsequent weiterführen und weiter entwickeln will.

Wir beantragen dem Grossen Rat, von der vorstehenden Antwort Kenntnis zu nehmen und den Anzug Dr. Luc Saner und Konsorten abzuschreiben.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Der Präsident

Jörg Schild

Der Staatsschreiber

Dr. Robert Heuss